

erschließt 6mal wöchentlich, mit Wochensonderbeilagen, Heimat und Welt und der Sonderbeilage „Kochbuch“, sowie den Zeitbeilagen „St. Demos-Bild“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt der Frau“, „Kunst- und Kultur“, „Das gute Buch“, „Gitarrenbau“, „Kronleuchter“, „Wegweiser“ u. a. m. Einzelhefte, Einzelnummern 10 J. Sonntags- u. Sonntagsnummern 20 J. Hauptverleger: Dr. G. Debes, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Verlagssort: Dresden  
Anzeigenpreise: Die 1. Spalte 30 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 20 J. Die 2. Spalte 15 J. für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 J. Die 3. Spalte 10 J. Briefgeb. 30 J. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Vorkauf sowie Erfüllung v. Anzeigen u. Aufträgen u. Bestimmung b. Schadensersatz. Verantwortlicher: Franz Dauter, Dresden.

Geschäftshalle, Druck u. Verlag: Germania, K. A. B. für Verlag und Anzeigen, Altschloß Dresden, Altschloßstraße 17, Fernruf 21012, Volkshaus Dresden 2703, Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 6173

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Altschloß 17, Volkshaus Dresden 2703, Fernruf 21012

## Die Europa-Konferenz

Der Völkerbund soll über die Paneuropa-Pläne entscheiden

### Henderson gegen Briand

Genf, 9. September.

Die „Europa-Konferenz“, an der auf Einladung der französischen Regierung die Vertreter von 27 europäischen Staaten teilnehmen, hat gestern nachmittag von 4 bis 7 Uhr 30 im Gebäude des Völkerbundssekretariats stattgefunden. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß eine grundsätzliche Zustimmung der europäischen Konferenz zu dem französischen Paneuropaplan nicht erfolgt ist. Die Konferenz hat selbst die eigene Zuständigkeit als für nicht gegeben erklärt und die Vollversammlung des Völkerbundes, in der 54 Regierungen vertreten sind, als die alleinige zuständige Instanz angesehen.

Bei der Konferenz waren mehr als zwanzig Außenminister anwesend, darunter neben Briand, Henderson, Curtius, Grandi, Jaleski, der belgische Außenminister Symons, der Außenminister der Niederlande, Deelaerts van Vloeland, Procopé (Finnland), Marinkowitsch (Jugoslawien), Ritonescu (Rumänien), Benesch (Tschekoslowakei), Bundesrat Motta (Schweiz), Buraw (Bulgarien), Runch (Dänemark), Mohwinkel (Norwegen). Auch der österreichische Bundeskanzler Schöberl nahm an der Konferenz teil.

Briand erstattete zuerst Bericht über seine bei den europäischen Regierungen unternommenen Schritte und deren Ergebnisse. Dem etwa einstündigen Bericht folgte eine Aussprache, an der hauptsächlich der englische und der französische Außenminister beteiligt waren. Von französischer Seite wurde in der Aussprache verschiedentlich versucht, zunächst eine vorläufige Festlegung der europäischen Konferenz auf dem Grundgedanken einer europäischen Einigung zu erzielen. Dieser Versuch scheiterte an der außerordentlich festen Haltung des englischen Außenministers. — Ebenso wie Henderson forderte auch Reichsaussenminister Dr. Curtius, daß weder eine Festlegung des Grundgedankes einer paneuropäischen Einigung noch irgendeine Art Organisation in noch so loser Form geschaffen würde.

Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, worin die weitere Behandlung der Frage der Vollversammlung des Völkerbundes überwiegen wird. Die wesentlichen Sätze der Entschließung lauten: „Die Vertreter der europäischen Regierungen nehmen Kenntnis von dem Ergebnis der Umfrage zur Schaffung einer europäischen

Union. Sie sind überzeugt, daß eine Zusammenarbeit der europäischen Völker auf allen Gebieten des internationalen Lebens für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt von grundlegender Bedeutung ist. Sie sind einmütig in der Auffassung, daß diese Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes und im Geiste der Grundzüge des Völkerbündnisses erfolgen soll.“

Der „Europa-Konferenz“ ist eine neue Denkschrift Briands vorgelegt worden, die 142 Druckseiten umfaßt. Sie enthält sein erstes Memorandum und die Antworten der 26 Regierungen. Sodann wird in einem Anhang festgesetzt, daß die Antworten den Beweis liefern, welche Bedeutung die Regierungen der materiellen und moralischen Organisation Europas beilegen, und wie sehr sie bemüht seien, ihre Bewirkung auf einem methodisch vorbereiteten Boden einzuleiten. Es wird an die Regierungen appelliert, den Gründen für eine Einigung der Nationen mehr Wichtigkeit beizumessen, als den Meinungsgegenständen über gewisse noch nicht diskutierten einzelne Punkte. Weiter wird gesagt, alle Regierungen seien mit der französischen darin einig gewesen, die vorgesehene Union unter die moralische Autorität des Völkerbundes zu stellen. Mehrere Regierungen hätten andererseits vorgeschlagen, daß die Vertreter der Nichtmitgliedstaaten ausgerufen würden, an den Zusammenkünften der Europa-Konferenz von Anfang an teilzunehmen. Hierüber müsse man die Meinung des Völkerbundes feststellen. Es handle sich zunächst um einen ersten Meinungsentscheid und um eine vor der Eröffnung der Völkerbundsversammlung vorzunehmende grundsätzliche Beratung über die der Versammlung zu unterbreitenden Fragen. Die Konferenz müsse ferner im Prinzip über die vorgeschlagene Einsetzung eines Studienkomitees entscheiden.

### Der Bahnsturz an der Saar

Unterredung Curtius-Briand.

Genf, 9. September. Wie wir erfahren, soll im Laufe des heutigen Tages eine erste Besprechung zwischen Dr. Curtius und dem französischen Außenminister Briand stattfinden. Die Begegnung trägt privaten Charakter; doch ist anzunehmen, daß zwischen den beiden Ministern eine Reihe von politischen Fragen besprochen werden, darunter auch die Frage der Jurisdiktion des Bahnsturzes im Saargebiet.

### Drei Fragen . . .

Es gibt ein hübsches Kinderpiel „Drei Fragen hinter der Wand“, in der der Befragte antworten muß, ohne den Sinn der Frage zu kennen. Dieses hübsche Spiel will die Sozialdemokratie unter Erwachsenen erneuern. Zuerst der preussische Ministerpräsident Brauns und nun Herr Breitscheid haben an den Kanzler die Frage gerichtet, ob er nach der Wahl auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie verzichten wolle. Die Frage ist in ihrem Sinn nicht zu erkennen, da die Sozialdemokratie im Wahlkampf ja im heftigsten Kampfe gegen Brüning und sein Kabinett steht. Breitscheid formuliert in einem Artikel des Sozialdemokratischen Pressedienstes folgende Fragen an den Kanzler:

„Ist es richtig, daß der Reichskanzler die vom Kabinett geplante Finanzreform mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes durchführen will?“

„Ist es richtig, daß er seinen ursprünglichen Plan, die Sozialdemokratie zum Wiedereintritt in die Regierung aufzufordern, angesichts des Widerstandes, den diese Idee bei dem konservativen Bundesgenossen gefunden hat, aufgegeben hat?“

„Will er jetzt mit dem Ministerium in seiner derzeitigen Zusammensetzung, ganz gleichgültig, wie die Wahlen ausfallen, vor den Reichstag treten und unter Tragung mit einer neuen Auflösung und dem Verzicht auf den verfassungsmäßigen Weg den Versuch zur Durchführung seines Willens machen?“

„Die Fragen hinter der Wand . . .“ hinter der Wand der sozialdemokratischen Agitation nämlich, die auf das müdeste gegen Brüning heßt. Hinter der Wand aber richtet man die besagte Frage an den Verlästerten, ob er denn wirklich hinlänglich auf gütige Mitwirkung der SPD verzichten wolle. Brüning hat in Weeslau die Gegenfrage an die SPD gerichtet, ob sie denn trotz ihrer Agitation mit ihm, der doch angeblich der Kanzler der „sozialen Reaktion“ sei, zusammenarbeiten bereit sei. Darauf hat der preussische Ministerpräsident Brauns am Sonntag in einer Rede in Tilsit erwidert: „Die Frage des Herrn Kanzlers beantworte ich mit einem glatten Ja“.

So steht es hinter den Kulissen der sozialdemokratischen Agitation aus. Statt sich über diese Enthüllungen schöner Seelen zu freuen, geraten einige Blätter der sächsischen Rechtspresse, leider auch die sonst durchaus maßvollen Dresdner Nachrichten (Nr. 429) in einen pathologischen Angstzustand und

greifen heftig — den Reichsinnenminister Wirth an, der in Weusden betont hat, das Zentrum sei bereit, mit jeder staatsbeherrschenden Partei zusammenzuarbeiten. Das ist doch wohl nur eine Selbstverständlichkeit! Die von Hugenberg geforderte Erklärung, daß das Zentrum „nie wieder“ mit der Linken zusammenarbeiten werde, kann kein verantwortungsbewußter Zentrumsführer abgeben. Aber in diesem Wahlkampf ist das Ziel, der jetzigen Regierungskoalition, die gegen die SPD, nach links und gegen Hugenberg nach rechts eine Front bildet, die Wahrheit zu verschaffen. Das ist das Wohlspiel auch der Zentrumspartei, und alle Erörterungen darüber, was bei Reichserreichung dieses Ziels geschehen könnte, sind müßig. In lange nicht das Wahlergebnis vorliegt. Das weiß auch die SPD, und Herr Breitscheid hat seine „Drei Fragen hinter der Wand“ auch nicht aus Sorge um die Demokratie formuliert, sondern in der edlen Absicht, neuen Agitationsstoff zu gewinnen.

### Die Krankenkassen-Gebühr

Krankenscheine können auch vor Zahlung der Gebühr ausgestellt werden?

In der Presse ist in letzter Zeit wiederholt über Fälle berichtet worden, in denen Versicherte angeblich dadurch schweren Schaden an Leben und Gesundheit erlitten haben sollen, daß auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Krankenkassenversicherung vor Ausstellung des für die Behandlung notwendigen Krankenscheins die Zahlung der Gebühr von 50 Pf. verlangt worden sei. In einem Falle, der sich bei einer Berliner Betriebskrankenkasse zugetragen hat, soll die Verzögerung der Behandlung, die hierdurch herbeigeführt wurde, den Tod eines jungen Mädchens verursacht haben. In einem anderen Fall in Kamenz sollen Kinder, die schwer in Diphtherie darniederlagen, nur dadurch gerettet worden sein, daß ein Arzt die Behandlung ohne Krankenschein übernahm.

Diese Nachrichten sind geeignet, Verwirrung in den Kreisen der Versicherten anzurichten. Es ist nicht richtig, daß nach der Notverordnung die Ausstellung eines Krankenscheins ausnahmslos bis zur Zahlung der Gebühr verweigert werden muß. Das Reichsarbeitsministerium hat bereits in einem Rundschreiben vom 2. August dieses Jahres die Auffichtsbehörden der Krankenkassen darauf hingewiesen, daß die neue Gebühr keine Voraussetzung für die Gewährung der Krankenhilfe bildet, sondern nur ein Sonderbeitrag des Versicherten ist, der vor allem in dringenden Fällen auch nachträglich entrichtet werden kann.

## Die wichtigste Aufgabe

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch das Kabinett Brüning

Solange es eine kapitalistische Wirtschaft gibt, solange hat es gute Konjunkturen und Krisen gegeben. Auf die fetten Jahre folgten jeweils die mageren. Während in der Vorkriegszeit der Konjunkturablauf etwa 7 bis 8 Jahre umfaßte, ist in der Nachkriegszeit eine starke Störung eingetreten, eine Störung, die sich bei uns und einigen anderen europäischen Ländern darin zeigte, daß wir mehr in der Krise lebten als in einer guten Konjunktur, während in Amerika sich eine dauernde Aufwärtsentwicklung vollzog. Das ging so weit, daß Amerika glaubte, der Wohlstand würde immer mehr steigen, eine Krise sei nicht mehr zu befürchten. Seit dem vorigen Jahre ist in dieser Meinung ein grundsätzlicher Wandel eingetreten. Ein starkes Sinken der Rohstoffpreise kündete auch für Amerika eine Krise an, die sich dauernd verschärfte, so daß man dort jetzt sehr viele pessimistische Stimmen hört.

Es ist für uns ausgeschlossen, die starken Schatten, welche die Weltwirtschaftskrise auf unser Land wirft, von uns aus zu beheben. Es kommt für uns nur in Frage, diejenigen Folgen, die von der Lage zu ziehen, die wir von uns aus selbständig ziehen können.

Wenn die meisten Rohstoffpreise stark fallen, zum Teil unter Vorkriegsstand, so ist das der beste Beweis dafür, daß der gesamte Preisstand aller Dinge mehr oder weniger stark sinken wird und muß. Dasjenige Land, das sich zuerst auf diesen neuen Stand einrichtet, ist am glücklichsten dran, weil es am ehesten in der Lage ist, auf Grund des niedrigeren Selbstkostenstandes zu solchen Preisen anzubieten, die in der Welt bezahlt werden. Es handelt sich also für uns darum, die Selbstkosten im weitesten Sinne so weit herunterzudrücken, daß Preise entstehen können, die unter normalen Umständen die von den anderen Ländern geforderten Preise schlagen. Die Reichsregierung hat diesen Weg beschritten. Ihr scharfes Taxaufsehen, das kein Defizit im Etat entsteht, soll Vertrauen und Kredit wiederbringen und erhalten, soll baldige Steuerherabsetzungen möglich machen. Das in Aussicht genommene große Sparprogramm wird weitere Möglichkeiten nach der Richtung hin schaffen. In derselben Linie liegt die Reform der Sozialversicherung. Auch hier sehen wir Kräfte am Werke, den bisherigen steigenden Abgaben ein halt zuzurufen und — unter Sicherung und organischem Ausbau der Sozialversicherungen — Herabsetzungen möglich zu machen. Bei sinkenden Preisen kann natürlich an Löhnen und Gehältern nicht vorbegegangen werden. Auch hier müssen da, wo es gerechtfertigt ist, Ausgleiche geschaffen werden. Gelohnt es in allen drei großen Selbstkostenfaktoren zu Ermäßigungen zu kommen, sind naturgemäß organische Preisensenkungen vonnöten, um das Ziel zu erreichen. Gleichbleibende Preise würden das gerade Gegenteil bringen: Deshalb hat sich die Reichsregierung in ihrer letzten großen Notverordnung Werkzeuge an die Hand geben lassen, um solche Preisherabsetzungen, wo sie nicht ohnehin erfolgen, in Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Stellen zu erreichen und gegebenenfalls auch scharf durchzugreifen. Der zur Begutachtung dieser Dinge aufgeförderte Reichswirtschaftsrat hat ihm Gutachten inzwischen erstattet. Die Reichsregierung hat sich daraufhin eine ganze Reihe konkreter Fälle zugeleitet, die er in diesen Wochen prüfen wird. Praktische Erfolge hat die Reichsregierung bereits dadurch erreicht, daß alle Erzeugnisse, die auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms (siehe weiter unten) bestellt worden sind, zu 10 bis 15 Prozent billigeren Preisen geliefert werden.

Es liegt auf der Hand, daß sich all diese Maßnahmen nur langsam durchsetzen können. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist aber die erste und wichtigste Aufgabe, die jede deutsche Regierung der Jetztzeit, wie sie auch immer zusammengesetzt sein mag, hat. Die Regierung Brüning hat sich deshalb neben der hohen unchrifteten großen grundsätzlichen Linie bemüht, diejenigen Aufräge, die ohnehin in den nächsten Jahren von den öffentlichen Stellen gegeben werden müssen, vorwegzunehmen und jetzt in Angriff zu nehmen. Sie hat dabei ein Problem angepackt, das seit langem aktuell ist: Die Auftragsverteilung der öffentlichen Verbände in die Zeit der Depression zu legen, um während dieser Zeit die

wert- das zu der Gen- werden  
es „Das des unter- den heiß- ligen Bes- Reichs- (Politik.)  
Broschüre, gialis- trums- nis der  
erwähnte Frage und m Gilden- ist. Du knapper i. Volkse- hinaus, da deutschen  
reich aus- arbeiter- die eben- Reichs- ist eine Schall- den Sinn  
offt  
e  
em 37.  
100 63705  
850 19080  
530 55739  
74 110805  
48074  
6906 17991  
6000 44200  
810 69085  
672 84318  
10 123150  
11 141215  
25 13120  
232 23788  
808 39082  
618 57285  
243 67301  
390 78325  
54 84444  
11 102081  
11 117019  
11 126988  
6 139815  
6 141890  
9 150031  
the  
Dresden Stadtbibliothek  
1095  
et en  
a  
hr  
egen sehr  
51 16300  
a  
hr  
egen sehr  
1 1450  
heater  
alan und  
r Reichard  
hr 300  
chelus 8)  
uren  
stheiden  
eniet  
Schubert u.  
180 12008  
8  
501-650  
4 00  
8  
16. 600